

Dringliche Anfrage

Hannover, den 27.06.2022

Fraktion der FDP

Unternimmt die Landesregierung mehr gegen die Gaskrise als die Veröffentlichung von Presseinformationen?

Am 23. Juni 2022 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen.

Nach Branchenberechnungen stieg der Gaspreis für Haushalte bereits zum Jahresbeginn 2022 um durchschnittlich 75 %. Für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem Verbrauch von 20 000 kWh bedeutet das zusätzliche Kosten von durchschnittlich 1 135 Euro pro Jahr. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass die sich jetzt zeigende Gasknappheit durch die reduzierten Lieferungen aus Russland die Beschaffungskosten durch die Gasversorger weiter erheblich unter Druck setzen wird. Einzelne Versorger haben bereits jetzt ihre Abschlagsforderungen deutlich erhöht. Eine Vervielfachung der monatlichen Belastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher scheint derzeit unausweichlich. Für die Bezieher geringer Einkommen kann dies zu einer existenzgefährdenden Notlage werden. Auch die ökonomischen Auswirkungen und Gefahren der Gasknappheit durch die Preisentwicklung und drohende Abschaltungen einzelner gewerblicher Gasverbraucher liegen auf der Hand.

Umweltminister Lies kommentierte die Ausrufung der Alarmstufe am 23. Juni im Wege einer Presseinformation und erklärte darin zur Reduzierung des Gasverbrauchs: „Jeder, der jetzt auch nur ein bisschen was tut, macht sich verdient um die Versorgungssicherheit unseres Landes. Dafür wird es ab Sommer ein Optionsmodell geben, das die Unternehmen dabei unterstützt, auf Gas zu verzichten, Alternativen zu nutzen oder auch die Produktion zu reduzieren.“

Wirtschaftsminister Althusmann veröffentlichte am selben Tag zum selben Thema eine Presseinformation und erklärte u. a.: „Der Bund hat wertvolle Zeit verstreichen lassen.“

Abgesehen von einer angekündigten Informationskampagne zum Energiesparen kündigten beide Minister in ihren Erklärungen an diesem Tag keine eigenen Maßnahmen der Landesregierung in Bezug auf Niedersachsen an.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung etwas unternehmen, um die Versorgung mit Gas sicherzustellen, und, wenn ja, was?
2. Wird die Landesregierung etwas unternehmen, um die Folgen der Energiepreissteigerungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen abzumildern, und, wenn ja, was?
3. Wird die Landesregierung etwas unternehmen, um zu ermöglichen, dass das Kernkraftwerk Emsland über den 31.12.2022 am Netz bleiben kann und, wenn ja, was?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 27.06.2022)